

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Januar 2025

1. Regional
2. El Salvador
3. Honduras
4. Nicaragua
5. Guatemala

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?
Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

US-Außenpolitik: Der neue US-Außenminister Marco Rubio [ist aktuell auf Rundreise in Zentralamerika](#). Er wird im Rahmen seiner ersten Auslandsreise in der zweiten Amtsperiode Trumps vier Länder in der Region besuchen: Panama, Guatemala, El Salvador und Costa Rica. Der Fokus der geplanten Treffen mit zentralamerikanischen Regierungen ist [die Einschränkung der Migration](#), sowohl aus dem nördlichen Dreieck Zentralamerikas als auch die Transitmigration durch den Darién-Gap in Panama. Gleichzeitig setzt Trump verschiedene lateinamerikanische Regierungen unter Druck, [um mit ihm in seiner restriktiven Migrationspolitik zusammenzuarbeiten](#). Die Sprecherin des US-Außenministeriums Tammy Bruce erklärte, dass die Reise auch eine Maßnahme sei, um ["China entgegenzuwirken"](#).

Lateinamerikanische Beziehungen: Die honduranische Präsidentin Xiomara Castro, die amtierende Präsidentin der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), [hat für den 30. Januar 2025 eine dringende außerordentliche Sitzung einberufen](#). In der Einladung nannte sie Migration, Umwelt und die [„Einheit Lateinamerikas und der Karibik“](#) als Themen, die diskutiert werden sollten. Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro [hat sich auf sozialen Medien als Mitveranstalter](#)

des Treffens dargestellt. Am 29. Januar, dem Tag vor dem Treffen, kündigte Castro jedoch in ihren sozialen Netzwerken die Absage des Treffens wegen „mangelndem Konsens“ an. Sie verwies auf den „systematischen Widerstand“ bestimmter lateinamerikanischer Regierungen, ohne diese explizit zu nennen.

Umwelt und Gesundheit: El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Honduras gehören zu den Ländern mit der höchsten Luftverschmutzung in Nord- und Südamerika. Dies geht aus dem World Air Quality Report hervor, einem Bericht, erstellt von der Monitoringplattform des Unternehmens IQAir mit Daten der Weltgesundheitsorganisation. Alle vier Länder überschreiten den Grenzwert für die Feinstaubkonzentration in der Luft um das Drei- bis Fünffache. Als Hauptverursacher der Luftverschmutzung in der Region nennt der Bericht die Entwaldung, Waldbrände, Emissionen des Verkehrssektors und Verschmutzung durch den Bergbau. [Zum Bericht](#).

Trump und Panama: Der US-Präsident Donald Trump bestätigte in seiner Antrittsrede [seine Absicht, die Kontrolle über den Panamakanal übernehmen zu wollen](#). Trump hatte außerdem bereits erklärt, er würde [den Einsatz militärischer Gewalt nicht ausschließen](#).

In seiner ersten Auslandsreise am ersten Februarwochenende wird sich der neue US-Außenminister Marco Rubio mit José Raúl Mulino, dem Panamaischen Präsidenten, treffen. Bereits am vergangenen Dienstag fand [ein Treffen zwischen Rubio und einer diplomatischen Delegation aus Panama](#) statt, [um die steigenden Spannungen nach Trumps Aussagen abzubauen](#) und um den Weg für das bilaterale Treffen in Panama vorzubereiten.

2. El Salvador

US-Beziehungen: Wenige Tage nach dem Amtsantritt des US-Präsidenten Donald Trump führten er und der salvadorianische Präsident Nayib Bukele [ein Telefongespräch über die Bekämpfung von Migration und transnationalen Gangs](#). Die neue US-Regierung ist im Begriff, mit Bukele eine Vereinbarung zu treffen, [um das zentralamerikanische Land als „sicheres Drittland“ einzustufen](#) und Migranten aus anderen lateinamerikanischen Ländern dorthin abzuschicken. Berichten zufolge erwägt sie unter anderem, [Mitglieder der venezolanischen Gang Tren de Aragua nach El Salvador zu schicken](#).

Verfassungsreform: Am 29. Januar [ratifizierte der salvadorianische Kongress eine illegale Verfassungsreform der vergangenen Legislaturperiode](#). Die Reform des Verfassungsartikel 248 aus dem vergangenen Jahr ermöglicht, dass weitere Änderungen in der Verfassung ohne die Ratifizierung von zwei Legislaturperioden unternommen werden können. Der Kongress wird also nur die Stimmen von drei Vierteln der Abgeordneten, nämlich 45 von 60 Stimmen, benötigen, um eine Verfassungsreform zu beschließen und zu ratifizieren. Da Nuevas Ideas aktuell [90% der Sitze kontrolliert](#), heißt das in der Praxis, dass die Partei des Präsidenten die Verfassung genauso wie jedes andere Gesetz jederzeit ändern kann. Dies könnte z.B. für die mögliche unbeschränkte

Wiederwahl von Bukele relevant sein. Die ursprüngliche Reform im April 2024 war selbst illegal, da nach einer legislativen Wahl über **keine Reformen dieser Art entschieden werden darf**.

Bergbau und Widerstand: Die Generaldirektion für Energie, Kohlenwasserstoffe und Bergbau (DGEHM) der Regierung von El Salvador **hat die Studien zum Metallbergbau für vertraulich erklärt**. Diese Studien sind die Begründung für die Aufhebung des Bergbauverbots in dem Land. Seit der Aufhebung des Bergbauverbots haben die sozialen Organisationen zu Protesten aufgerufen: zur größten Demonstration Mitte Januar **versammelten sich mehr als tausend Menschen** im historischen Zentrum von San Salvador. Die katholische Kirche von El Salvador **sprach sich offiziell gegen das Gesetz** aus und rief die katholische Gemeinschaft auf, ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen.

Gewalt im Gefängnis: Im Gefängnis von Izalco in Sonsonate wurden in der Nacht zum 9. Januar **Dutzende von Häftlingen bei einer Gefangenenmeuterei verletzt**. Auslöser war eine Schlägerei in einer Zelle, in der sich sowohl aktive als auch ehemalige Gangmitglieder aufhielten. Obwohl Polizei- und Militärkräfte in das Gefängnis eindringen mussten, **hat keine Einrichtung den Familien der Beteiligten Informationen zur Verfügung gestellt**. Journalisten konnten nur dank der Informationen von Nachbarn des Gefängnisses und Personen im Krankenhaus, in dem die Verletzten behandelt wurden, über den Vorfall berichten.

3. Honduras

Gewalt im Bajo Aguán: Am Montag, 27. Januar, **hat eine bewaffnete Gruppe die Bauernkooperative El Tranvío** in der Region des Bajo Aguán in Tocoa **angegriffen**. Die Genossenschaft ist Mitglied der Plataforma Agraria und der Coordinadora de Organizaciones Populares del Aguán (COPA). Die mutmaßliche kriminelle Gruppe „Los Cachos“, die mit dem Unternehmen Dinant verbunden ist, **erzwang die Vertreibung von mindestens 100 Familien aus dem Gebiet**. Das OHCHR **äußerte sich besorgt** über die Gewalt gegen El Tranvío und andere Genossenschaften in der Region seit Ende 2024.

US-Beziehungen: Die Präsidentin von Honduras Xiomara Castro reagierte auf die Pläne des US-Präsidenten Donald Trump, Massenabschiebungen von geflüchteten Personen durchzuführen, **mit einer Drohung**. In ihrer Neujahrsansprache äußerte Castro, dass die Präsenz von US-Militärstützpunkten in Honduras neu überlegt werden müsse, **„wenn von der US-Regierung feindselige Maßnahmen“** gegen Honduraner*innen unternommen werden. Außenminister Enrique Reina erklärte in einem Interview, dass die USA weiterhin ein wichtiger Partner von Honduras bleiben, **aber dass sich das Land weiter an China annähern möchte**.

Korruption: Der ehemalige Bürgermeister von San Pedro Sula, Rodolfo Padilla Sunseri, **ist nach acht Jahren im Ausland nach Honduras zurückgekehrt**. Padilla Sunseri war auf der Flucht, nachdem er während seiner Amtszeit zwischen 2006 und 2009 des

Amtsmissbrauchs und der Veruntreuung öffentlicher Gelder beschuldigt worden war. Er kehrt zurück, obwohl ein Gericht ihm die Inanspruchnahme der von der honduranischen Regierung für 2022 erlassenen Generalamnestie verweigert hat. Sein Anwaltsteam beantragte eine Überprüfung der Entscheidung, aber Padilla Sunseri wurde bereits von Hunderten von Aktivisten der Partei Libertad y Refundación (Freiheit und Gerechtigkeit) in San Pedro Sula begrüßt. Der ehemalige Bürgermeister bereitet sich auf eine mögliche erneute Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters vor.

Venezuela und Honduras: Präsident Castro nahm nicht persönlich an der Amtseinführung von Nicolás Maduro teil, der unter dem Vorwurf des Wahlbetrugs zum wiedergewählten Präsidenten Venezuelas erklärt wurde. Anstelle von Castro schickte die honduranische Regierung eine Delegation, bestehend aus ihrem Ehemann und Berater, Manuel „Mel“ Zelaya, Luis Redondo, Präsident des Kongresses, und Scarleth Romero, honduranischer Botschafter in Venezuela. Die drei honduranischen Vertreter trafen während ihres Besuchs in dem südamerikanischen Land direkt mit Maduro zusammen.

4. Nicaragua

Verfassungsreform: Der nicaraguanische Kongress hat am 30. Januar die in der letzten Legislaturperiode verabschiedeten Verfassungsreformen ohne Debatte oder Konsultation ratifiziert. Die Reformen betreffen 100 Verfassungsartikel und bringen tiefgreifende strukturelle Veränderungen mit sich. Dazu gehört die Formalisierung der „Ko-Präsidentschaft“, die laut des neuen Standes der Verfassung aus einem Mann und einer Frau bestehen soll. Darüber hinaus wurde am gleichen Tag die Verlängerung der aktuellen Amtsperiode bestimmt: Die nächste Wahl wird nicht 2026 sondern Ende 2027 stattfinden. Somit sollen Ortega und Murillo mindestens bis Januar 2028 an der Macht bleiben.

US-Migrationspolitik: Am 20. Januar unterzeichnete US-Präsident Donald Trump ein präsidiales Dekret zur Beendigung des humanitären Parole-Programms, das Zehntausenden von Migrant*innen aus Nicaragua gewährt wurde. Im Rahmen des sogenannten CHNV-Programms (Cuba, Haiti, Nicaragua, Venezuela) konnten bis zu 30.000 Bürger dieser Länder in die USA regulär einreisen und unter bestimmten Bedingungen bis zu zwei Jahre bleiben. Das Programm wurde von der Biden-Regierung im Jahr 2023 eingeführt und hat die Einreise von über 90.000 Nicaraguaner*innen ermöglicht. Diejenigen, die im Rahmen des Programms eingereist sind und ihren Einwanderungsstatus bisher noch nicht ändern konnten, können Asyl beantragen. Es bleibt jedoch abzuwarten, welche Auswirkungen Trumps neue Politik auf das Recht auf Asyl für verfolgte Personen aus Zentralamerika haben wird.

Nicaragua und Südamerika: Ein argentinisches Gericht hat die internationale Festnahme von Daniel Ortega und Rosario Murillo sowie mehrerer Mitglieder der nicaraguanischen

Regierung wegen „systematischer Verletzung der Menschenrechte“ angeordnet. Vor zwei Jahren leitete der argentinische Rechtsanwalt Darío Richarte eine Untersuchung über Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Nicaragua ein und legte seine Ergebnisse den argentinischen Bundesgerichten vor.

Der chilenische Präsident Gabriel Boric hat Ende Dezember 2024 in den sozialen Medien scharfe Kritik an der nicaraguanischen Regierung geäußert. In seiner Veröffentlichung nach der Verfassungsreform erklärte er, dass „das Ortega- und Murillo-Regime jetzt rechtlich als Diktatur gefestigt ist“. Er verglich die derzeitige Regierung sogar mit dem Somoza-Regime.

Exil: Mindestens 39 der politischen Gefangenen, die im September 2024 von Ortega nach Guatemala geschickt worden waren, wurden bereits von einem US-amerikanischen Schutzprogramm abgelehnt. Die US-Regierung hatte ihnen die Möglichkeit geboten, über das Programm „Movilidad segura“ in das Land einzureisen. Die US-Behörden begründeten ihre Entscheidung damit, dass es den Aussagen der Antragstellenden „an Glaubwürdigkeit fehlen würde“, wie Divergentes berichtet. Aufgrund eines Erlasses von Donald Trump wurde das Programm nun vollständig gestoppt.

5. Guatemala

Pressefreiheit: Der Oberste Gerichtshof von Guatemala hat Mitte Januar entschieden, dass der Journalist José Rubén Zamora unter Hausarrest bleiben darf. Mit diesem Urteil wird der Antrag der Generalstaatsanwaltschaft, ihn zur Rückkehr ins Gefängnis zu zwingen, abgelehnt. Der renommierte Journalist war im Oktober nach mehr als 800 Tagen im Gefängnis unter Hausarrest gestellt worden.

Politik: Diego de León, der im März 2024 vom Präsidenten Bernardo Arévalo zum Gouverneur von Guatemala-Stadt ernannt wurde, trat im Januar 2025 zurück. Im Oktober 2024 beschloss ein Gericht, seine Immunität aufzuheben, damit die Generalstaatsanwaltschaft gegen ihn wegen seiner angeblichen Untätigkeit während des Brandes auf der Mülldeponie der Behörde für die nachhaltige Bewirtschaftung des Amatitlán-Beckens und -Sees (Amsa) ermitteln konnte. Seine Ernennung war bereits wegen seiner Unterstützung für Präsident Giammattei vor einigen Jahren, seiner Nähe zum ehemaligen Wirtschaftsminister Antonio Malouf und seiner Infragestellung des Wahlsiegs der Partei Movimiento Semilla kritisiert worden.

Demokratie: Der guatemalteckische Kongress gewährte der Partei von Präsident Bernardo Arévalo, Movimiento Semilla, am 24. Januar 2025 erneut den Fraktionsstatus, zog diese Entscheidung jedoch einige Tage später wieder zurück. Am 28. Januar legte der Kongress dem Verfassungsgericht einen Bericht vor, in dem er die Entscheidung zurücknahm und klarstellte, dass sich der Status der Semilla-Abgeordneten nicht geändert habe und sie

daher weiterhin unabhängig seien. Am 29. Januar begann das Verfassungsgericht, den Fall der Partei im internen Konflikt innerhalb des Kongresses zu debattieren. Die Entscheidung, den Status wiederherzustellen, wurde von der Partei Vamos blockiert.